

## KULTUR IST GUT FÜR ALLE

www.die-linke-thl.de

### Konferenz: Kultur (mit Plan) fördern

Zur Konferenz „Kultur (mit Plan) fördern“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. am 19. und 20. Juni nach Apfelstädt (bei Erfurt) ein.

Kulturakteure und Kultureinrichtungen brauchen dringend Planungssicherheit. Aus diesem Grund fordert die Linksfraction seit Jahren ein Kulturfördergesetz für Thüringen, das Kultur als Pflichtaufgabe festschreibt und Förderinstrumente für alle kulturellen Sparten und Bereiche auf Nachhaltigkeit ausrichten kann.

„Ein solches Gesetz kann nicht am grünen Tisch entstehen. Es bedarf der Mitarbeit der Kulturakteure und auch der Kommunen“, so die kulturpolitische Sprecherin der LINKEN, Dr. Birgit Klaubert. „Deshalb wollen wir mit Kulturschaffenden, Politikern sowie interessierten Bürgern ins Gespräch kommen und gemeinsam Anforderungen an ein Kulturfördergesetz für Thüringen erarbeiten.“ So konnten neben Mitstreitern aus anderen Bundesländern auch Hilde Rector-Scheck, die Begründerin der Kulturloge e.V., und Prof. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität Weimar gewonnen werden. „Mit unserer Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach und der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz der LINKEN können wir allen Interessierten einen breitgefächerten Blick auf die Thematik anbieten.“

# „Ihr müsst den Kalifusionsvertrag richtig kippen!“

Auf großes öffentliches Interesse war die Anhörung des Umweltausschusses im Thüringer Landtag gestoßen. Dieser hatte sich am 5. Juni mit den Vorgängen in Bischofferode vor mehr als 20 Jahren und den zum Teil noch immer höchster Geheimhaltung unterliegenden Kali-Verträgen, die Thüringen mit den Kosten der Altlastensanierung noch viele Jahren geradezu erdrücken, befasst.

Während die Vertreter des DAX-notierten Konzerns Kali+Salz regungslos ihre Papiere verlasen und mehr oder (vor allem) weniger zur Aufklärung beitrugen, offenbarten ehemalige Minister und Beamte teilweise große Erinnerungslücken.

Doch die Abgeordneten vor allem auch der Linksfraction (neben Tilo Kummer als Ausschussvorsitzenden Sabine Berninger, Johanna Scheringer-Wright, Mike Huster und Diana Skibbe) ließen nicht locker, hakten immer wieder.

### Bitteres Fazit: Es durfte keinen Wettbewerber geben

Wirklich bewegend und die aussichtslose Lage der Bischofferöder Kali-Kumpel klar machend, wurde es erst, als die mit dem Arbeitskampf unmittelbar verbundenen Zeitzeugen sprachen. „Dabei hatte alles für Bischofferode gesprochen: Das Produkt, das Unternehmen, der Markt“, so Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraction. Er war Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV, hatte

den Betriebsrat in Bischofferode beraten. In der Anhörung machte er rückblickend – ausdrücklich in einer politischen Interpretation der Ereignisse – den Chemiekonzern BASF, dessen Tochterunternehmen Kali und Salz GmbH seinerzeit die ostdeutsche Kaliindustrie zur Marktbereinigung übernommen hatte, für die Schließung verantwortlich. Die BASF habe bekanntermaßen über beste Kontakte ins Kanzleramt verfügt, von

sagt, denn so unterstrich Gerhard Jüttemann, „Kali+Salz steckte damals hoch in den Verlusten“.

Mit Johannes Peine aber wollten sie „das Risiko eingehen, wollten weiter produzieren“. Und „das Land hätte ein Vorkaufsrecht gehabt“, Peine wäre mit 49 Prozent eingestiegen, aber Bernhard Vogel ist nicht darauf eingegangen, „weil er es gar nicht durfte“, hob Gerhard Jüttemann die Stimme. „So gnadenlos an die Wand

gefahren – was mit Herrn Peine gemacht wurde, ist eine Schande!“ Stille im großen Sitzungssaal. Wie schon zuvor als Johannes Peine um Fassung rang bei der Schilderung des üblen Spiels der Banken und wie er alles verlor. „Ihr müsst den Fusionsvertrag richtig kippen“, hat er den Abgeordneten auf den Weg gegeben.

### Warum gab es keine separate Lösung?

dort sei Hilfe gekommen.

„Hat man beihilferechtlich einen möglichen Wettbewerber vom Markt genommen? Das ist für mich die entscheidende Frage“, sagte Bodo Ramelow und war sich mit dem Unternehmer Johannes Peine, der Bischofferode retten wollte und überzeugende Konzepte vorgelegt hatte, und den ehemaligen Betriebsrat und PDS-Bundestagsabgeordneten Gerhard Jüttemann einig im bitteren Fazit: Bischofferode musste vom Markt verschwinden.

„Es durfte keinen Wettbewerber geben, damit die Subventionen nicht gleichmäßig verteilt werden mussten“, hatte auch Johannes Peine ge-

Die Anhörung habe Chancen aufgezeigt, Forderungen an Thüringen bezüglich der Altlastenfinanzierung abzuwehren, sagte danach Tilo Kummer. „Bei der Bedeutung des Kalibergbaus in der ehemaligen DDR hätte dafür eine separate Lösung der Altlastenfrage analog des Vorgehens im Uran- oder Braunkohlebergbau gefunden werden müssen. Unklar sei, warum sich das Land überhaupt vom Bund „mit hat ins Boot ziehen lassen, schließlich gehörten die Kalibergwerke nach der Wende der bundeseigenen Treuhand“.

A. Rudolph

Foto: Peter Lahn



## FRAKTION IN AKTION

### Leben in Suhl

„Umbruch, Abbruch, Aufbruch – Leben in Suhl!“, lautet der Titel einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, dem Sühler GesprächsFORUM Alternativ und dem Kommunalpolitischen Forum. Am 13. Juni, 19 Uhr, geht es im Bankettsaal des CCS in Suhl vor allem darum, wie eine lebenswerte Stadt aussehen soll. Wie können (linke) stadtpolitische Alternativen und Handlungsmöglichkeiten aussehen? Was sind gute Beispiele und Ideen, wie Menschen ihre Stadt gestalten? Wie können sich Akteure bundesweit vernetzen, um damit auch auf weitere Auseinandersetzungen vorbereitet oder zur weiteren Gestaltung eines stadtpolitischen Wandels motiviert zu sein? Diese Fragen sollen gemeinsam diskutiert werden.

### Mit Blick auf Investitionen und dringend benötigte Zuschüsse

„Die Thüringer Kommunen brauchen zur Aufstellung ihrer Haushalte für das nächste Jahr sichere Grundlagen. Da darf es, trotz der bevorstehenden Landtagswahl, keine Hängepartie geben“, reagierte MdL Frank Kuschel auf Äußerungen des Thüringer Finanzministers, wonach sich die Aufstellung des Landeshaushalts für die Jahre 2015 und 2016 erheblich verzögere. Die LINKE will nun in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags von Minister Dr. Wolfgang Voß wissen, auf welcher Datenbasis die Kommunen ihre Haushalte für das kommende Jahr aufstellen sollen und welche Auswirkungen eine verzögerte Aufstellung des Landeshaushalts haben wird. Abgeordneter Kuschel verweist besonders auf geplante Investitionen und dringend benötigte Zuschüsse an



Begleitet von Gabi Zimmer, Europaabgeordnete der LINKEN, waren Mitglieder der Linksfraction auf Kommunalpolitertour in Thüringen, wie hier im Landkreis Greiz, wo beim Talsperrenbesuch auch ein Gespräch mit der Bürgerinitiative „Talsperre Zeulenroda“ auf dem Programm stand.

Vereine und Verbände. „Schon in diesem Jahr hatten auf Grund der angespannten finanziellen Situation gut 400 Gemeinden und somit jede zweite Kommune zum 31. März noch kei-

nen beschlossenen bzw. genehmigten Haushalt. Diese Anzahl würde im kommenden Jahr dann nochmals erheblich steigen“, warnte der Kommunalexperte.